

BUSH UND PUTIN IN BRATISLAVA MASSENMEDIEN UND SELBSTZENSUR

■ Kommentar		
	Bratislava – mehr als ein Proseminar in Demokratiefragen. Heinrich Vogel, Köln	2
■ Analyse		
	Zwischen staatlicher Kontrolle und Selbstzensur. Elfie Siegl, Berlin / Moskau	4
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Russische Massenmedien in Zahlen	7
	Russen über die „Freiheit des Wortes“	11
■ Chronik		
	Vom 24. Februar bis zum 3. März 2005	13
■ Lesehinweis		
	Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen	14

Kommentar

Bratislava – mehr als ein Proseminar in Demokratiefragen

Heinrich Vogel, Köln

Das Gipfeltreffen zwischen George W. Bush und Vladimir Putin in Bratislava hinterlässt einen gespaltenen Eindruck. Aufgeregte Hintergrundanalysen hatten im Vorfeld bereits erhebliche Frustrationen auf beiden Seiten diagnostiziert und so die Erwartungen auf einen *Show-down* angeheizt. Neokonservative wie Demokraten in den USA forderten ein Ende der amerikanischen Geduld mit dem schleichenden Autoritarismus in Russland, eine Anschuldigung, die von kremlnahen Politikern und Journalisten in Moskau mit dem Vorwurf der Heuchelei und der Unfähigkeit, sich von den Stereotypen des Kalten Kriegs frei zu machen, beantwortet wurde. Da half auch keine Vertrauenserklärung Putins für den „anständigen Menschen George W. Bush“ im amerikanischen Wahlkampf.

Tatsächlich war Putin mit seiner Weigerung, die militärische Intervention der USA im Irak zu unterstützen, seiner Einmischung im ukrainischen Wahlkampf und seinem Festhalten am Nukleargeschäft mit Iran auf Kollisionskurs mit der amerikanischen Außenpolitik gegangen. Auch die unübersehbar vom Kreml gesteuerte Chodorkowskij-Affäre und die Verstaatlichung des Yukos-Konzerns waren nicht nur gegen den Oligarchen gerichtet, sie machten nicht zuletzt auch Hoffnungen amerikanischer Energiekonzerne zunichte. Zum zusätzlichen Element der Unsicherheit wurde für Beobachter in Moskau die Ernennung von Condoleeza Rice zur Außenministerin – der ersten Sowjetologin in diesem Amt. Die Befürchtung war, sie werde an die russische Innenpolitik besonders kritische, weil kenntnisreiche Maßstäbe anlegen.

Der Katalog der von Bush in Bratislava angeschnittenen Themen unterschied sich dann auch von der harmonischen Agenda früherer Gipfeltreffen, und zur Erbitterung der russischen Delegation geriet ein großer Teil der öffentlichen Pressekonferenz der beiden Präsidenten zu einem Proseminar mit dem Thema „Terminologie des Demokratievergleichs“, in dem beide Präsidenten ihre Version der Kernelemente einer Demokratie proklamierten. Bush beschwor Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, Pressefreiheit und eine lebensfähige Opposition. Er lobte den „enormen Fortschritt“, die „erstaunliche Transformation der russischen Nation“ und Putins „Handhabung eines Transformationslandes“, er berichtete allerdings auch, er habe Putin seine Besorgnis über Russlands Verpflichtung auf die erwähnten universellen Prinzipien vorzutragen. Die Erwähnung der ungelösten Tschetschenienproblematik und der basisdemokratischen Protestbewegungen in Georgien und Ukraine ersparte er seinem russischen Gesprächspartner.

Putin seinerseits verzichtete auf seine inzwischen bekannte Pauschalverteidigung, in der er jede Kritik als Teil einer Isolierungsstrategie gewisser Kreise bezeichnete und beschränkte sich auf die Anmerkung: „Die Prinzipien der Demokratie müssen dem aktuellen Entwicklungsstand Russlands, unserer Geschichte und unseren Traditionen entsprechen“ – ergänzt durch das nicht ganz lehrbuchgerechte Postulat „Demokratie ist die Möglichkeit, demokratische Gesetze zu machen und die Fähigkeit des Staates, die Einhaltung dieser Gesetze durchzusetzen“ – letzteres als Anspielung auf Massenproteste in Tbilissi und Kiew, die er im Gespräch mit slowakischen Journalisten als „Gewalt der Straße“ und „antidemokratische Revolutionen“ abqualifiziert hatte. Russland werde nie mehr zur Vergangenheit des Totalitarismus zurückkehren, nachdem es sich vor vierzehn Jahren ohne äußeren Druck für die Demokratie entschieden habe. Bush verpasste die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass der Umweg über die autoritäre Herrschaft an diesem Ziel vorbeiführen könnte. Kritik an der russischen Innenpolitik wurde in die Watte persönlicher Sympathiesignale verpackt, und so blieb Putin, der unter Druck zu hitzigen Temperamentsausbrüchen neigt, ein möglicher Gesichtsverlust erspart. Das gute persönliche Verhältnis der beiden Machtmenschen Bush und Putin ist offenbar ungebrochen.

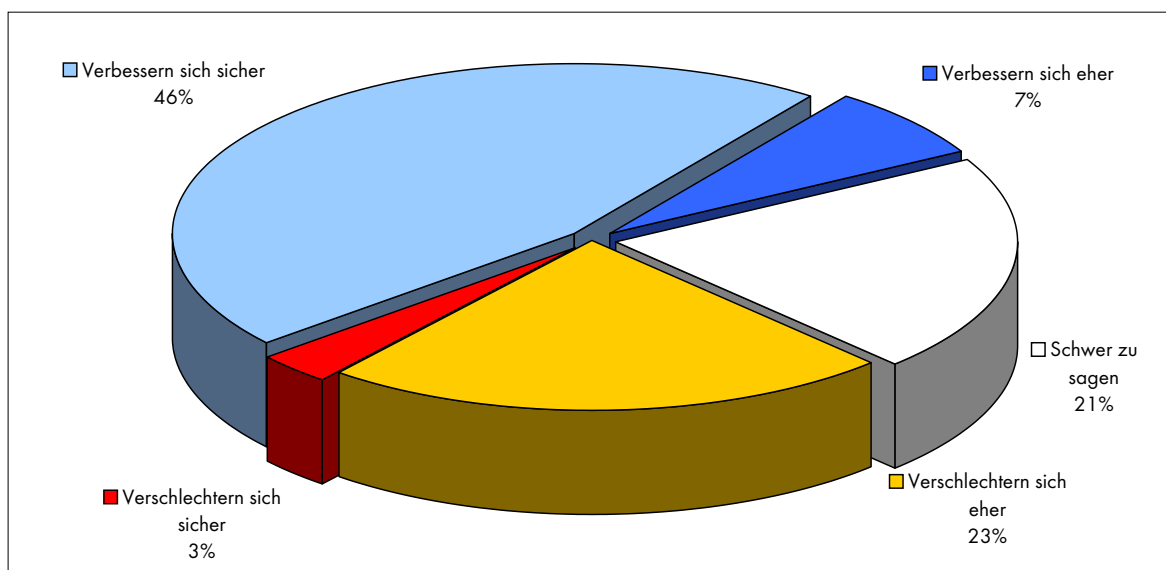
Der protokollarische Pomp des Gipfels und die professionelle Medienarbeit beider Seiten¹ konnten jedoch den Mangel an Substanz kaum überdecken. Die Konturen der im Jahr 2002 beschworenen strategischen Partnerschaft bleiben weiterhin verschwommen, sieht man von der formelhaften Verpflichtung zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und dem langfristigen Kalkül der energiepolitischen Komplementarität ab. Als konkretes Ergebnis kann nur ein von Condoleeza Rice

¹ Peinlichkeiten waren nicht ausgeschlossen: Einer der „*embedded* Journalisten“ der russischen Delegation fühlte sich verpflichtet, seinem Präsidenten in der Pressekonferenz mit der Frage beizustehen, warum er die Verletzung der Rechte amerikanischer Journalisten nicht angesprochen habe (gemeint waren die prominenten Fernsehjournalisten Dan Rather und Eason Jordan, die wegen der Verwendung ungeprüfter Recherchen ihren Stuhl bei CBS bzw. MSM räumen mussten). Dass im Gegensatz zu Moskauer Verhältnissen in den USA eine direkte Intervention des Weißen Hauses eher kontraproduktiv wäre (hier sind subtilere Methoden unter Einbeziehung von Blogs notwendig), liegt jenseits der Vorstellungswelt der russischen Delegation.

und Sergej Ivanov unterzeichnetes Abkommen über die gemeinsame Kontrolle des Exports schultergestützter Boden-Luft-Raketen angeführt werden. Alles andere sind bekannte Absichtserklärungen: Intensivierte Zusammenarbeit beim Kampf gegen den internationalen Terror, bei der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und bei der Sicherung

Faktor jenseits aller diplomatischen Bemühungen aber bleibt das anhaltende wechselseitige Misstrauen der politischen Eliten. Die Öffentlichkeit in den USA ist unvermindert skeptisch gegenüber Putins demokratischen Glaubensbekenntnissen (Senator McCain fordert sogar den Ausschluss Russlands aus der Gruppe der G8). Auf der anderen Seite preist die kremlfrom-

Was glauben Sie, werden sich die Beziehungen zwischen Russland und den USA unter den wiedergewählten Präsidenten Bush und Putin verbessern oder verschlechtern?



Quelle: Umfrage des ROMIR, Januar 2005 <http://www.romir.ru/socpolit/socio/2005/02/usa.htm>

russischer Nuklearanlagen, verstärkte amerikanische Investitionen in russische Energieprojekte sowie Beschleunigung der Verhandlungen über einen WTO-Beitritt Russlands. Dieser Katalog spricht Bände – denn über jedes dieser Problempakete wurde bereits in der Jelzin-Ära verhandelt, und auch unter Putin sind die überwiegend auf russischer Seite bestehenden Hindernisse nicht wesentlich weniger geworden.

Moskauer Träume von erneuerter Großmachtstellung mit Prärogativen im gesamten Post-Sowjetischen Raum einschließlich des Rechts auf einseitige militärische Intervention zur die Durchsetzung nationaler Interessen, Nuklearexporte in den Iran, Raketenlieferungen an Syrien einerseits, der unbedingte weltpolitische Führungsanspruch der USA mit der langfristig angelegten Präsenz amerikanischer Truppen in Zentralasien andererseits und nicht zuletzt die sehr konkreten Arbeiten beider Seiten an asymmetrischen strategischen Waffensystemen garantieren ein anhaltendes Spannungspotential. Wichtigster

me Presse in Russland zwar die Weisheit der beiden Präsidenten, sieht aber weiterhin eine Kampagne von „Russlandhassern“ am Werk.

Es bleibt die Frage nach den Lehren dieses Medienereignisses. Die Gratwanderung zwischen Prinzipientreue und Pragmatismus wurde ohne Abstürze in die Konfrontation bewältigt. Dass es richtig war, den bedenklichen innenpolitischen Trend in Russland öffentlich anzusprechen, ist schon an der verkniffenen Informationspolitik des Kreml abzulesen, dessen offizielle Website lediglich über Fragen an den russischen Präsidenten und dessen Antworten berichtet; Bushs Formulierungen sollen einer möglicherweise skeptischen russischen Öffentlichkeit vorenthalten werden. Genau hier liegt der Ansatzpunkt, um einer problematischen Entwicklung in Russland entgegenzuwirken – auch für die Planung künftiger deutsch-russischer Gipfeltreffen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Prof. Dr. Heinrich Vogel ist Mitglied des Vorstands der SWP und Associate Professor für europäische Sicherheitspolitik der Universität Amsterdam.

Analyse

Zwischen staatlicher Kontrolle und Selbstzensur Zur Lage der Massenmedien im heutigen Russland

Elfie Siegl, Berlin / Moskau

Zusammenfassung

Die russische Verfassung von 1993 garantiert die Freiheit der Massenmedien und verbietet ausdrücklich jede Art von Zensur in Russland. Doch hier liegt der Hund begraben: der Kreml und die Gouverneure in den Regionen definieren den Begriff Freiheit nach eigenem Gutdünken. Nach dem Zerfall der Sowjetunion erhielt Russland eins der liberalsten Pressegesetze der Welt. Doch es wurde bereits Ende der 90er Jahre korrigiert. Damals verschärfte man die Aufsicht des Staates über die Medien, vor allem über die elektronischen. Unter Präsident Wladimir Putin ist der Bewegungsradius für Journalisten inhaltlich wie geografisch weiter eingeschränkt worden, vor allem im Fall einer Berichterstattung über Terrorismus und den Krieg in Tschetschenien. Die staatlichen Fernsehsender wurden gleichgeschaltet, Direktsendungen und kontroverse Diskussionen hat man inzwischen aus den TV-Programmen gestrichen. Eine offizielle Zensur gibt es aber auch heute in Russland nicht. Doch es gelten ungeschriebene Regeln, an die sich Journalisten zu halten haben und es gibt die Schere im Kopf. Sie ist schlimmer als die offizielle Zensur.

„Keine Zensur“

Präsident Putin hat in Russland, davon sind viele Beobachter überzeugt, ein autoritäres Regime errichtet, das die Gewaltenteilung ausgehöhlt und die Freiheit der Massenmedien eingeschränkt hat. Das staatlich kontrollierte Fernsehen der Sowjetzeit ist auferstanden, allerdings im Unterschied zu früher mit einem breiten Angebot an ausländischen Spielfilmen. Der politische Qualitätsjournalismus im russischen Fernsehen ist in einer ersten Krise, seit im vergangenen Sommer das Politmagazin „Namedni“ (Vor Kurzem) des populären TV-Stars Leonid Parfjonow ersatzlos gestrichen wurde. Der eigenwillige Parfjonow hatte versucht, ein Interview mit der Witwe des in Katar von russischen Geheimdienstlern umgebrachten einstigen tschetschenischen Rebellenführer Selimchan Jandarbijew ins Programm zu nehmen. Das reichte, um die Sendung zu kippen. Heute ist Parfjonow Chefredakteur der russischen Ausgabe von Newsweek. Andere prominente Fernsehjournalisten sind arbeitslos oder haben sich wie Nikolaj Swanidze, Moderator des Wochenmagazins „Serkalo“ (Spiegel), das inzwischen zum Interview der Woche schrumpfte, ihre Nischen gesucht. Swanidze etwa widmet sich heute überwiegend historischen Dokumentationen. Er persönlich habe, sagt er, niemals direkte Anweisungen von oben erhalten. „Ich bin innerlich vollkommen frei und kann mit den Rahmenbedingungen umgehen. Doch ich fürchte, dass junge Journalisten davon stark beeinflusst werden. Sie sind noch unsicher und haben einen inneren Zensor, der ihnen die eigenen Gedanken mit seinen riesigen Zähnen ausnagt. Die Leute engen sich selbst ein, das ist eine geistige Tradition bei uns.“

Bis 1991 gab es in der Sowjetunion eine staatliche Zensur: die entsprechende Behörde hieß Glawlit und wurde von den Abteilungen Propaganda und Kultur des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei kontrolliert. Die Kraft der Zensur sei gewesen, sagte später einer der ehemaligen Leiter von Glawlit, dass keine einzige Druckerei ohne Erlaubnisstempel der Zensur zu drucken gewagt habe. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Die Medien wurden frei und sahen sich unter Boris Jelzin sogar als vierte Macht im Staate. Die russische Verfassung von 1993 garantiert die Freiheit der Massenmedien und verbietet ausdrücklich jede Art von Zensur. Eine Definition dessen, was Zensur ist, fehlt allerdings. Unter Jelzin erhielt Russland eins der liberalsten Pressegesetze der Welt. Es wurde dann Ende der 90er Jahre überarbeitet, als man die Aufsicht des Staates über die Medien verschärfte.

Damals kamen zwei Militärjournalisten, Pasko und Nikitin, die Umweltskandale der Marine öffentlich machten, vor Gericht. Der Grad der Unfreiheit der Medien war selbst unter Jelzin an den Einfluss geknüpft, den ein Presseorgan oder ein TV-Kanal auf die russische Gesellschaft hatte. Damit bestand bereits in der liberalen Jelzin-Zeit ein Widerspruch von gesetzlich garantierter Pressefreiheit und der Unterordnung unter die Interessen des Staates, die der Staat von den Medien erwartete. Unter Jelzins Nachfolger Wladimir Putin hat sich dieser Widerspruch verschärft. Als Folge wurden die Mediengesetze „nachgebessert“, das heißt, man passte sie der Realität einer schleichenden Zensur an. Diese Zensur betraf zunächst vor allem zwei wichtige Gebiete: die Berichterstattung über den Kreml und die über den Konflikt in Tschetschenien.

Eine Freiheit des Wortes hat es in Russland nie gegeben, es gab lediglich Glasnost

Der Präsident der Moskauer Stiftung „Schutz der Glasnost“, Alexej Simonow, Sohn des berühmten sowjetischen Schriftstellers Konstantin Simonow, betont unermüdlich, es habe in Russland niemals eine Freiheit des Wortes gegeben, sondern nur eine breit gefächerte Glasnost, die Offenheit, über alles zu schreiben. Die Freiheit des Wortes indessen, sagt er, sei eine Art Vertrag zwischen Gesellschaft, herrschender Macht und Medien, der sich auf drei Pfeiler stütze: Gesetze, Traditionen sowie Gewohnheiten und Fertigkeiten. Das alles aber gebe es in Russland nicht. „Die Fertigkeiten sind nicht ausgearbeitet, die Traditionen nicht geschaffen und die Gesetze wie das über den Zugang von Informationen, eine Grundlage der Freiheit des Wortes, sind nicht geschrieben. Die Freiheit des Wortes besteht aus Glasnost und einem Sich-Gehör-Verschaffen. Das erste gibt es, das zweite nicht.“

Der Dekan der Journalistenfakultät der Moskauer Staatsuniversität, Jasen Sasurskij, sagt, es gebe in Russland zwar offiziell Meinungsfreiheit. Doch wenn man mit unbotmäßigen Losungen auf die Strasse gehe oder diese an Wände male, könne man zur Verantwortung gezogen werden. Wer unter Freiheit des Wortes die Möglichkeit verstehe, an Fernsehdebatten teilzunehmen, eine eigene Zeitung herauszugeben oder sich Gehör zu verschaffen, werde große Schwierigkeiten bekommen. Heute habe in Russland die Polittechnologie – die Manipulation politischer Prozesse um eines bestimmten Ergebnisses willen – den Journalismus verdrängt. Das aber sei ein sehr gefährlicher Faktor.

Die meisten Medien sind politisch vom Staat und ökonomisch von den Oligarchen oder von beiden abhängig

Wer das Orchester bezahlt, bestimmt die Musik. Die wichtigsten Medien in Russland sind unter einer Handvoll Besitzern aufgeteilt. Der Staat und der mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Gaskonzern Gazprom kontrollieren inzwischen die großen Fernsehkanäle und Radiosender sowie Nachrichtenagenturen, mehrere zentrale und unzählige lokale Printmedien. Was übrig bleibt, haben Großgeschäftsmacher, Oligarchen, unter sich aufgeteilt. Sie haben aus der unter Putin erfolgten Zerschlagung der einstigen Medienimperien ihrer Kollegen Wladimir Gussinskij und Boris Beresowskij, die beide aus Angst vor Verhaftungen Russland verlassen haben, ihre Lehren gezogen. Es sollte unbedingt eine Selbstzensur geben, sagt der 47 Jahre alte Andrej Wassiljew, Generaldirektor des Beresowskij mehrheitlich gehörenden Verlagshauses Kommersant,

ironisch „Wir haben in der Zeitung Kommersant sogar ein Zensurorgan. Dort wird überprüft, ob Artikel den Regeln des Kommersant, dazu gehört etwa die Angabe von Informationsquellen, entsprechen.“

Eine kremlikritische Berichterstattung ist in staatlichen Medien und in denen der Oligarchen, nicht erwünscht. Wer sich von den Journalisten nicht an dieses „Gentlemen's agreement“ hält, verliert den Job. Als die mehrheitlich der Holding Interros des Wladimir Potanin gehörende Zeitung „Iswestija“ über die Geiselnahme in einer Schule im nordossetischen Beslan im vergangenen September auf der Titelseite ein ganzseitiges Foto druckte, dazu ein weiteres auf der Schlussseite, wurde Chefredakteur Raf Schakirow, damals erst elf Monate im Amt, fristlos gekündigt. Die Zeitung strafte mit ihrer ehrlichen Berichterstattung den Märchen des offiziellen Moskau Lügen. Der Besitzer des Blattes fürchtete deshalb den Zorn der Kremlgewaltigen. Er handelte in vorauseilendem Gehorsam. Damit habe, sagt der Chefredakteur der politischen Wochenschrift „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit), Alexander Pumjanskij, die oligarchische Zensur eine lächerliche Form angenommen. „Diese Leute haben Angst, denn sie haben etwas zu verlieren.“

Auch die staatlichen großen TV-Sender hatten Mühe mit der Berichterstattung über Beslan. Sie änderten ihre Programme zunächst nicht. So lief etwa auf dem überregionalen Kanal Rossija die Doku-Reihe „Die Welt der Abenteuer“, während in Beslan Kinder starben. Die Gleichschaltung des Fernsehens nimmt bisweilen satirische Züge an: Etwa, wenn die russische Tagesschau, die jeden Tag ihre Hauptnachrichten mit einer protokollarischen Chronik der Aktivitäten des Kremlichefs beginnt, zehn Minuten lang über den Besuch Putins in einem für diese Visite herausgeputzten Schweinestall berichtet. Oder wenn Tausende von Rentnern, wie in den vergangenen Wochen geschehen, gegen den Abbau von Sozialleistungen ganze Stadtzentren lahm legen und das Fernsehen lediglich Pensionisten einblendet, die ihre sozialen Einbußen freudig begrüßen.

Nowoje Wremja im Existenzkampf

Es mag Ironie der Geschichte sein, dass eins der wenigen noch gebliebenen freien Medien in Russland ausgerechnet in jenem Moskauer Zentralen Telegrafenamts, das einst die Staatszensur beherbergte, Unterschlupf gefunden hat. Im 5. Stock des Gebäudes hat die Redaktion der Wochenschrift Nowoje Wremja www.newtimes.ru sich eingemietet. Die Zeitschrift war in der Sowjetunion ein privilegiertes Pressorgan. Sie galt als Sprachrohr des mächtigen Außenministeriums und zielte mit ihren mehrsprachigen Ausgaben

auch auf Leser im Ausland. Deshalb verzichtete sie auf grobe Parteipropaganda und suchte sich intellektuelle, qualifizierte Autoren. Im postsowjetischen Russland änderte sie ihr Profil. „Wir wurden ein intellektuelles, antikommunistisches Journal. Diese Richtung hat sich bis heute nicht geändert,“ sagt Chefredakteur Pumjanskij. Man sei heute unter dem Gesichtspunkt der Kommerzialisierung der Massenmedien und der Verstaatlichungstendenzen des Kremls eins der wenigen unabhängigen Medien in Russland. „Uns Journalisten gehört die Zeitschrift. Wir sind frei, zu drucken und zu schreiben, was wir wollen.“ Nowoje Wremja besetzt mit der Menschenrechtsthematik, mit der Polemik gegen den alten Kommunismus und den neuen autoritären Staat eine Nische. Die Kehrseite der Medaille: finanziell lebt die Redaktion von der Hand in den Mund. Umso mehr freut sie sich, in diesem Jahr einen renommierten Journalistenpreis der Hamburger Zeit-Stiftung zu erhalten. Der Existenzkampf der Zeitschrift ist härter geworden, seit man sie vor einem Jahr aus ihrem, als Eigentum erworbenen Gebäude im Stadtzentrum verjagt hat. Angeblich soll sie das Haus freiwillig verkauft haben. Der Raub von gesetzlichem Eigentum durch gewaltsame Übernahmen sei eine verbreitete Erscheinung im Russland von heute, sagt Pumjanskij. Und natürlich habe dieser Skandal einen politischen Beigeschmack. „Die Besetzer wussten anscheinend sehr genau, dass wir keine offizielle Unterstützung erhalten. Einige Leute im Kreml haben wahrscheinlich mit Vergnügen festgestellt, dass wieder ein unabhängiges Presseorgan kaputtgemacht wird.“

Über die Autorin

Elfie Siegl, lange Jahre Korrespondentin für Hörfunk und Zeitungen in Moskau, lebt heute als freie Journalistin in Berlin und Moskau.

Lesetipps

OSCE Representative on Freedom of the Media (Hrsg.): Freedom and Responsibility. What We Have Done, Why We Do It – Texts, Reports, Essays, NGOs. Yearbook 2002/2003, Vienna 2003. http://www.osce.org/documents/rfm/2003/12/1713_en.pdf

Macht und Medien. Eine Initiative des Petersburger Dialogs, 24. Juni 2003 (Broschüre).

Anna Politkowskaja: Putins Russland, Köln: DuMont-Verlag 2005.

Fond zaschtschity glasnosti / Glasnost Defense Foundation, <http://www.gdf.ru/> (russisch, teilweise englische Materialien, u.a. wöchentliches Digest, auch in Englisch, <http://www.gdf.ru/digest/index.shtml>)

Nur russisch:

A.K. Simonow / A.B. Pankin (Fond saschtschity glasnosti), Hrsg.: Shurnalistika kak postupok. Sbornik publikacij pobeditelej i finalistow premii imeni Andreja Sacharowa „Sa shurnalistiku kak postupok“ sa 2003 god (Journalismus als Vergehen. Sammelband der Gewinner der Andrej-Sacharow-Prämie „Für Journalismus als Vergehen“ 2003), Moskau 2004. Volltext, russisch: <http://www.gdf.ru/books/books/saharov2004/premiya.pdf>

Nowoje Informacionnoje Sakonodatelstwo (Neue Informationsgesetzgebung), Hg. A. Simonow, Verlag Medeja, Moskau 2004. Volltext, russisch: http://www.gdf.ru/books/books/zakonodat_rf/zakon_smi.pdf

Delo No.12, Wlasti Belgorodskoj oblasti protiv Olgi Kitowoj (Akte Nr. 12. Die Exekutive des Gebiets Belgorod gegen Olga Kitowa), Verlag Galerija, Moskau 2003. Volltext, russisch: <http://www.gdf.ru/books/books/delo13/Delo13.pdf>

„... lieber Barkeeper“?

Es ist heute in Russland, wenn auch nicht verboten, so doch auch nicht erlaubt, die Herrschenden zu kritisieren und ungeschriebene Regeln zu verletzen. Wer etwa beschreibt, wie in Russland Eigentum gewaltsam umverteilt wird und dabei Ross und Reiter nennt, riskiert Morddrohungen oder Klagen vor Gericht wegen Verletzung der Ehre und Würde. Wer allzu kritisch über den Krieg in Tschetschenien berichtet, riskiert einen Besuch von der Steuerpolizei oder Anrufe vom Geheimdienst. Sich in diesem Chaos und Dickicht von ungeschriebenen Regeln und widersprüchlichen Gesetzen zu orientieren, erfordert Mut und Erfahrung oder die Schere im Kopf. Wen wundert, dass immer mehr Journalisten sich als Opfer einer Verschwörung sehen oder zur realen Zielscheibe werden? Zwei ermordete Journalisten, 15 tödlich angegriffene und 18 verhaftete Presseleute sowie zahlreiche eingestellte Medien – das war die Bilanz von „Reporter ohne Grenzen“ zur Pressefreiheit in Russland allein für das vergangene Jahr. Andrej Wassiljew, der das Verlagshaus Kommersant leitet und seine Laufbahn Anfang der 80er Jahre begonnen hat, sieht die Entwicklung in seiner Heimat pragmatisch. Er habe verschiedene Perioden erlebt, sagt er, aber als Journalist wieder so zu arbeiten wie in der Sowjetzeit, das könne und werde er nicht. „Ich will das Zwischen-Den-Zeilen-Schreiben nicht mehr. Dann werde ich lieber Barkeeper.“

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Tabellen und Grafiken zum Text

Russische Massenmedien in Zahlen

Welche Zeitungen lesen Sie mehr oder minder regelmäßig?

Umfrage des Lewada-Zentrums, Mai 2004

	Russland			Moskau		
	2000	2003	2004	2000	2003	2004
Argumenty i fakty	21%	19%	18%	23%	22%	25%
Komsomolskaja Prawda	12%	16%	14%	11%	9%	14%
MK Moskowskij Komsomolez	11%	11%	9%	40%	33%	33%
Shisn	-	5%	7%	-	9%	15%
Sowerschenno sekretno	9%	6%	3%	8%	5%	3%
Trud	4%	4%	3%	2%	2%	2%
Sport Ekspres	2%	3%	3%	6%	6%	8%
Iswestija	3%	2%	2%	4%	3%	4%
Rossijskaja gaseta	1%	2%	2%	2%	3%	1%
Megalopolis	-	2%	1%	-	5%	4%
Wedomosti	2%	2%	1%	1%	1%	1%
Prawda	1%	2%	1%	2%	4%	2%
Sowetskaja Rossija	1%	1%	1%	2%	3%	1%
Moskowskie nowosti (Moscow News)	-	-	1%	-	-	3%
Wremja	-	1%	1%	-	1%	2%
Nowaja gaseta	1%	1%	1%	3%	1%	3%
Nesawisimaja gaseta	1%	<1%	1%	5%	2%	2%
Andere zentrale Zeitung	4%	7%	6%	5%	6%	6%
Regionale Tageszeitung mit politischem Inhalt	14%	11%	11%	3%	1%	1%
Regionale Wochenzeitung mit politischem Inhalt	20%	21%	26%	7%	8%	9%
Andere regionale Periodika	19%	22%	24%	8%	12%	12%
Lese nicht regelmäßig Zeitung	30%	26%	25%	29%	29%	25%

 Quelle: <http://www.levada.ru./press/2004060702.html>, 9. Juni 2004

Durchschnittliche Leserzahl russischer Tages- und Wochenzeitungen (Auswahl)

(Durchschnittliche Leserzahl pro Ausgabe, 4. Quartal 2004)

Zeitung/Zeitschrift	in 1.000	in % der Gesamtbevölkerung über 10 Jahren
Argumenty i fakty	8.065	13,4%
Komsomolskaja prawda	6.070	10,0%
MK-Moskowskij Komsomolez	4.519	7,5%
Express-gaseta	3.504	5,8%
Iswestija	1.785	3,0%
Trud	1.175	1,9%
Prawda	1.052	1,7%

 Quelle: <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1124>;

Rating auf Basis einer Konsumentenbefragung von R-TGI (TOP-100)

Auflagen deutscher Tages- und Wochenzeitungen zum Vergleich			
Titel	Verbreitung	Verkauf	Druckauflage gesamt
BILD Gesamt	3.795.422	3.784.267	4.612.371
BILD am SONNTAG Gesamt	2.030.458	2.022.841	2.489.378
Stern	1.107.622	1.090.755	1.357.807
Spiegel, Der	1.090.448	1.075.946	1.319.492
Focus	763.326	752.526	987.863
Süddeutsche Zeitung	552.327	538.647	663.893
Die Zeit	483.625	464.464	578.382
Frankfurter Allgemeine	441.417	421.496	556.153
Hamburger Abendblatt	345.156	336.859	379.148

Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V., <http://www.ivw.de>

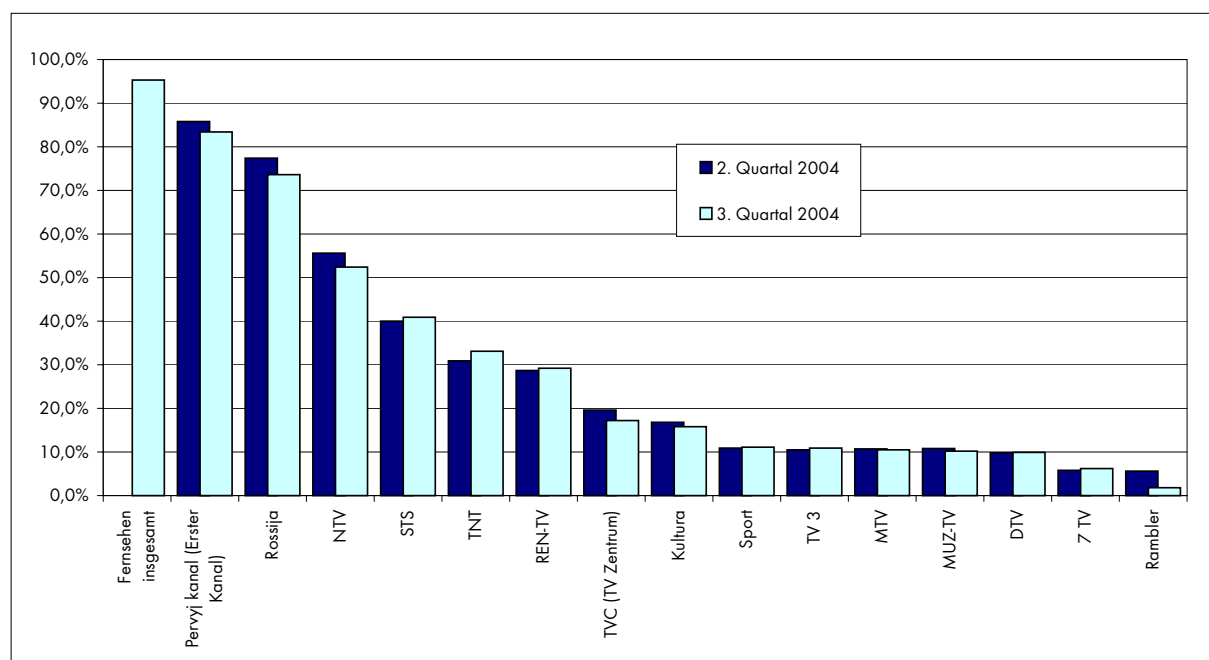
Qualität ausgewählter Printmedien in den Augen russischer Geschäftsleute, März–April 2004

(Umfrage der Russischen Managerassoziation unter 327 Experten aus der Geschäftswelt: Unternehmensleiter, PR-Direktoren, Pressesekretäre usw., März–April 2004)

	Gesamtbe- wertung	Informations- gehalt	Aktualität	Objektivität	Faktentreue	Unabhän- gigkeit des Urteils
Tageszeitungen						
Kommersant	43,1	45,3	44,9	41,1	42,4	40,5
Wedomosti	42,0	45,9	46,7	38,5	40,1	40,8
Iswestija	38,6	40,4	41,1	38,1	38,8	36,0
Gaseta	35,2	36,3	37,9	33,6	35,6	33,7
Rossijskaja Gaseta	34,5	45,1	47,5	34,5	30,2	22,5
Nesawisimaja Gaseta	33,9	35,0	36,4	32,6	33,9	32,4
Wochenzeitungen						
Finansowaja Gaseta	39,0	39,0	38,9	39,2	39,9	42,3
Ekonomika i shisn	37,3	37,7	37,3	38,2	39,8	35,2
Rossijskie westi	32,8	32,7	32,8	32,3	33,1	32,8
Promyslennye wedomosti	31,8	30,0	30,5	34,1	35,7	29,7
Wochenzeitschriften und Magazine						
Ekspert	42,5	44,7	43,8	41,8	42,5	40,5
Dengi	39,9	41,2	41,5	39,6	40,1	37,8
Wlast	39,6	41,2	42,1	37,8	39,5	36,7
Sekret firmy	38,6	38,5	37,6	38,4	39,8	39,2
Kompanija	38,2	39,7	39,3	37,3	38,8	36,4
Finans	37,9	39,4	38,2	38,3	38,3	36,6
Itogi	37,4	38,4	38,4	36,6	38,2	35,3
Profil	37,1	38,3	38,4	36,2	37,5	35,3
Russkij fokus	37,0	37,7	38,1	36,9	37,6	35,4
Monatszeitschriften						
Finansovyj direktor	39,2	38,4	40,4	39,2	40,0	38,7
Iskusstwo uprawlenija	37,4	37,2	36,4	38,1	38,6	36,8
Karera	36,1	36,3	35,9	37,2	36,6	35,0
Ekonomitscheskie strategii	35,2	32,7	32,6	36,1	36,1	36,9
Delovye ljudi	33,2	34,3	32,2	33,9	34,2	31,4

Quellen: http://www.amr.ru/eventsdoc_437.html#, 28. Februar 2005

Landesweite Fernsehsender: Wöchentliche Zuschauerabdeckung



	2. Quartal 2004	3. Quartal 2004	Minuten pro Woche (3. Quartal)
Fernsehen insgesamt	k. A.	95,3%	1.198
Pervyj kanal (Erster Kanal)	85,8%	83,4%	414
Rossija	77,4%	73,6%	253
NTV	55,6%	52,4%	213
STS	40,0%	40,9%	222
TNT	30,9%	33,1%	186
REN-TV	28,7%	29,2%	146
TVC (TV Zentrum)	19,6%	17,2%	107
Kultura	16,8%	15,8%	103
Sport	10,9%	11,1%	183
TV 3	10,5%	10,9%	122
MTV	10,7%	10,5%	200
MUZ-TV	10,8%	10,2%	212
DTV	9,8%	9,9%	105
7 TV	5,8%	6,2%	110
Rambler	5,6%	1,8%	86

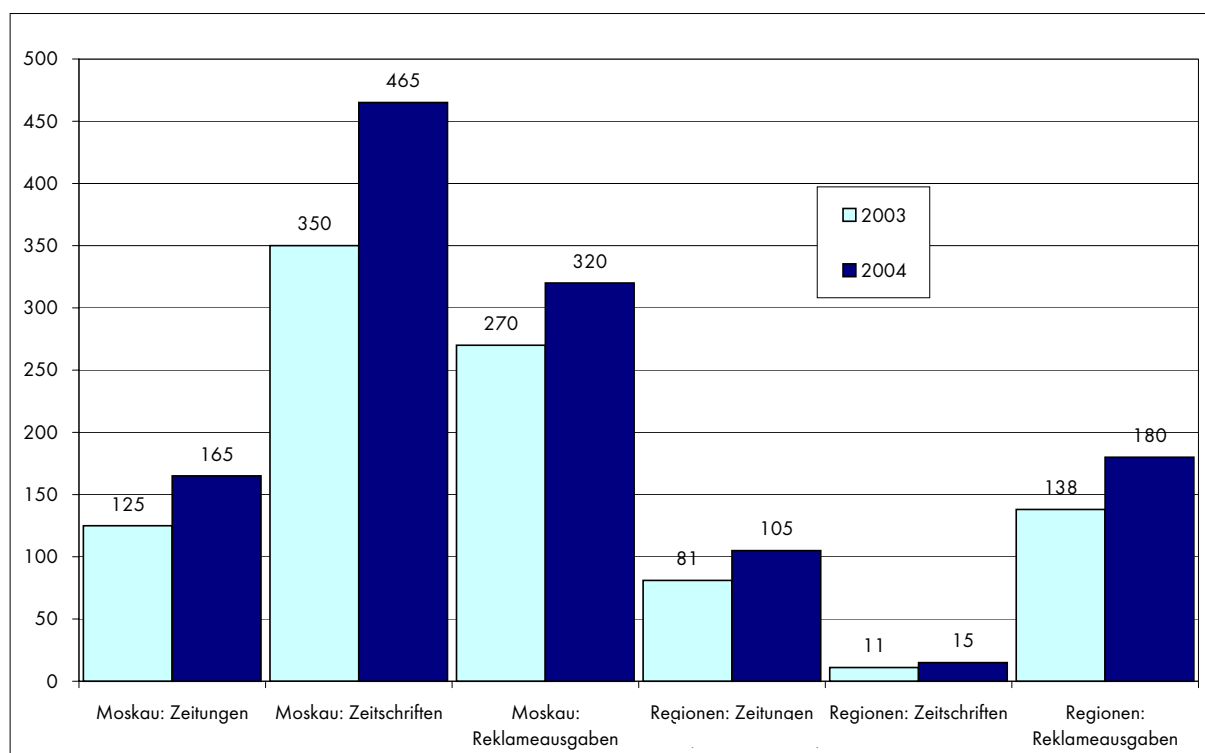
Zahl der Personen, die den jeweiligen Sender wenigstens einmal in der Woche ansehen. Anteil an der städtischen Bevölkerung Russlands über 10 Jahren (Städte über 100.000 Einwohner)

Quelle: <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1037&mode=print>; <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1080&mode=print>

Wöchentliche Hörerschaft der Moskauer Radiosender (Auswahl)

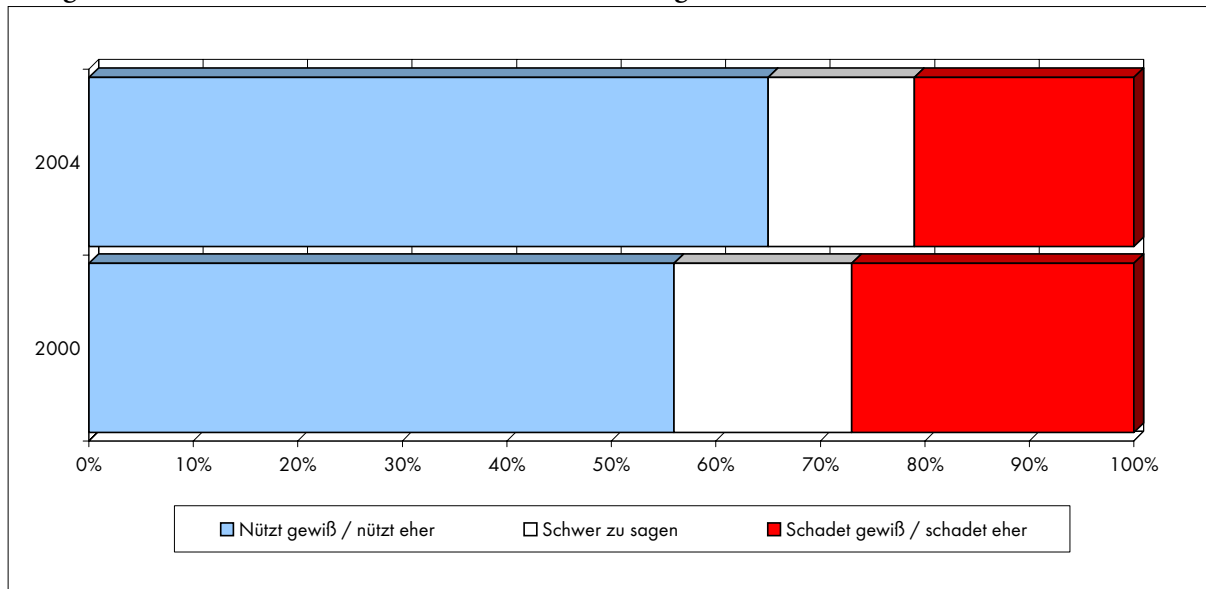
Radiosender	Januar 2005		Dezember 2004		November 2004	
	in % der Befragten	in 1.000	in % der Befragten	in 1.000	in % der Befragten	in 1.000
Rundfunk insgesamt	88,4%	7.919	91,0%	6.470	90,3%	6.417
Efirnoe weschtschanie	78,3%	7.011	80,8%	5.743	80,1%	5.693
Transljacionnaja set	23,9%	2.139	27,9%	1.981	26,5%	1.886
Russkoe radio	24,8%	2.217	24,3%	1.730	24,3%	1.726
Ewropa Pljus	20,7%	1.851	20,5%	1.457	19,4%	1.378
Awtoradio	20,3%	1.822	19,7%	1.402	19,5%	1.386
Radio Rossii (insgesamt)	20,0%	1.789	23,4%	1.667	22,8%	1.622
Radio Chanson	18,2%	1.633	18,6%	1.323	18,5%	1.315
Majak (insgesamt)	17,1%	1.528	20,7%	1.472	19,6%	1.391
Retro FM	15,3%	1.374	16,0%	1.141	15,3%	1.088
Radio Swoboda / Radio Liberty	3,1%	277	3,3%	233	3,4%	245
BBC	1,4%	124	1,3%	94	1,1%	77
Nemeckaja Wolna / Deutsche Welle	1,2%	112	1,2%	87	1,3%	95
Golos Ameriki / Voice of America	0,9%	83	1,0%	70	0,8%	60
Radio Frans Internasional / Radio France International	0,1%	10	0,2%	12	0,1%	6

Quelle: <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1110>; Hörer mit einem Lebensalter über 16 Jahren

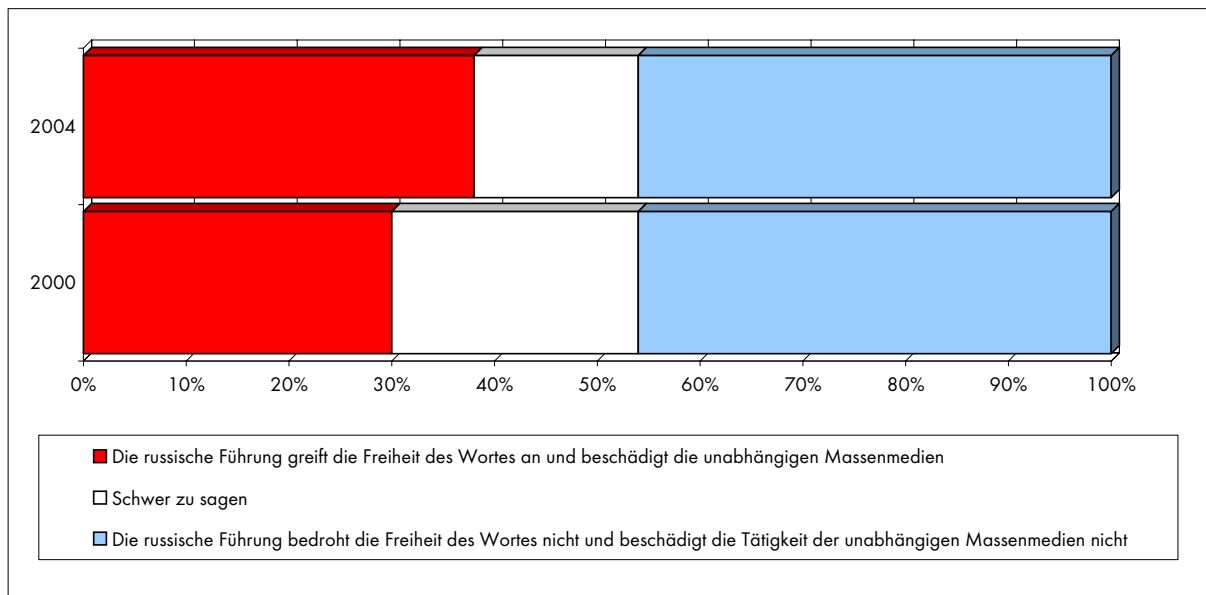
Werbeeinnahmen russischer Printmedien 2003–2004 (in Mio. US-Dollar)


Russen über die „Freiheit des Wortes“

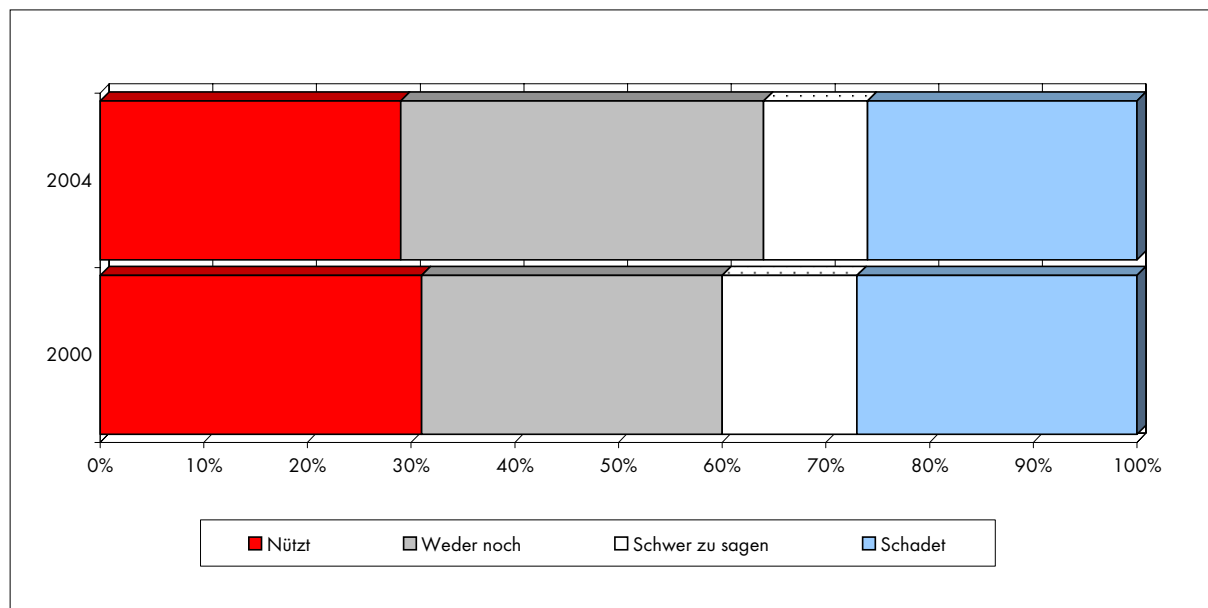
Was glauben Sie, nützt oder schadet Kritik an der Führung in den Massenmedien heute dem Land?



Welche der folgenden Standpunkte entspricht eher dem Ihren?



Was meinen Sie, nützt oder schadet eine Verstärkung der Staatskontrolle der Massenmedien heute Russland oder tut es weder das eine oder das andere?



Russen über die „Freiheit des Wortes“, Oktober 2004

	2000	2004
Was glauben Sie, nützt oder schadet Kritik an der Führung in den Massenmedien heute dem Land?		
Nützt gewiß / nützt eher	56%	65%
Schadet gewiß / schadet eher	27%	21%
Schwer zu sagen	17%	14%
Welche der folgenden Standpunkte entspricht eher dem Ihren?		
Die russische Führung greift die Freiheit des Wortes an und beschädigt die unabhängigen Massenmedien	30%	38%
Die russische Führung bedroht die Freiheit des Wortes nicht und beschädigt die Tätigkeit der unabhängigen Massenmedien nicht	46%	46%
Schwer zu sagen	24%	16%
Was meinen Sie, nützt oder schadet eine Verstärkung der Staatskontrolle der Massenmedien heute Russland oder tut es weder das eine oder das andere?		
Nützt	31%	29%
Schadet	27%	26%
Weder noch	29%	35%
Schwer zu sagen	13%	10%

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Oktober 2004, <http://www.levada.ru./press/2004102802.html>

Chronik

Vom 24. Februar bis zum 3. März 2005

24.2.2005	Die Steuerbehörden führen neuerlich eine Betriebsprüfung bei der Stiftung "Offenes Russland" durch, an deren Spitze der in Untersuchungshaft befindliche Finanzmagnat Michail Chodorkowskij steht. 23 Nichtregierungsorganisationen, die von „Offenes Russland“ Spenden erhalten haben, werden ebenfalls überprüft.
24.2.2005	Bei der Kabinettsitzung kommt es zu Konflikten zwischen Ministerpräsident Fradkow und dem "Block der liberalen Minister". Fradkow weist das von German Gref, dem Minister für Wirtschaft und Handel, vorgelegte wirtschaftspolitische Strategiepapier zurück und fordert eine Überarbeitung.
24.2.2005	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg verurteilt den russischen Staat zur Zahlung von 135.710 Euro Schadenersatz an sechs Tschetschenen, die Russland wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt hatten. Der Gerichtshof stellt fest, dass Russland während seiner Offensive in Tschetschenien ernste Menschenrechtsverletzungen begangen hat, zu denen Folter und die Tötung von Zivilisten zählen.
24.2.2005	Der Insolvenzgerichtshof in Houston, Texas, weist den Antrag des Mineralölunternehmens Jukos ab.
24.– 26.2005	Truppen des tschetschenischen Innenministeriums kreisen eine Gruppe von 70–90 Guerillakämpfern bei Noshaj-Jurt (Osttschetschenien) ein. Der Angriff wird von föderalen Truppen und dagestanischer Polizei unterstützt. Auch in den Bezirken Wedeno, Itum-Kale und Kurtschaloj führen Regierungstruppen Angriffsoperationen.
26.2.2005	Alexander Rumjanzew, der Leiter der russischen Atombehörde, und sein iranischer Amtskollege Gholam Resa Agazadeh unterzeichnen in der südiranischen Hafenstadt Buschehr ein Abkommen, das die Lieferung nuklearer Brennstäbe, ihre Rücknahme und Endlagerung sowie den Zeitplan der Lieferung regelt.
26.2.2005	In Ufa, der Hauptstadt von Baschkortostan, demonstrieren 3.000 Personen vor dem Gebäude der Präsidialadministration und fordern die Ablösung des baschkirischen Präsidenten Murtasa Rachimow.
28.2.2005	Im Rahmen einer Reorganisation des Innenministeriums werden sechs Stellvertretende Innenminister abgelöst.
28.2.2005	Das Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor des U.S. State Department veröffentlicht seinen Menschenrechtsreport 2004. Der Bericht kritisiert Russland wegen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien.
28.2.2005	Putin schlägt dem Regionalparlament Saratow den Direktor des Kernkraftwerks Balakowskij, Pawel Ipatow, als neuen Gouverneur vor. Damit ist klar, dass der gegenwärtig Gouverneur, Dmitirij Ajazkow, sein Amt verlieren wird.
1.2.2005	Die neue Wohnraumgesetzgebung tritt in Kraft. Sie war am 22. Dezember 2004 von der Duma verabschiedet und am 29. Dezember von Putin unterzeichnet worden.
1.3.2005	Putin ernennt Andrej Nowikow und Michail Suchodolskij im Rahmen der Umstrukturierung des Innenministeriums zu Stellvertretenden Innenministern.
1.3.2005	Kommunikationsminister Leonid Rejman berichtet der Duma, dass es in Russland 80 Millionen Handybenutzer gibt.
1.3.2005	Anlässlich des 20. Jahrestages seiner Wahl zum Generalsekretär der KPdSU erinnert Michail Gorbatschow an die Bedeutung der "Perestrojka" und kritisiert die aktuelle Entwicklung in Russland, die er in vielen Punkten als rück-schrittlich bewertet.
1.3.2005	Präsident Putin empfängt den russischen Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin und erörtert mit ihm die Menschenrechtssituation in Russland.
2.3.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow startet zu einem Arbeitsbesuch in Deutschland und Italien.
1.3.2005	Bei einem Angriff von Guerillakämpfern auf die Polizeistation in Sernowodskaja (35 km westlich von Grosny) wird ein Soldat getötet, 18 werden verletzt. Von den Angreifern werden fünf getötet, sieben weitere festgenommen.
2.3.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow startet zu einem Arbeitsbesuch in Deutschland und Italien.
2.3.2005	Die Gebietsduma von Saratow wählt einstimmig den von Putin vorgeschlagenen Kandidaten Pawel Ipatow zum Gouverneur.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Forschungsstelle Osteuropa Bremen

Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 64 – Februar 2005

Die Jukos-Affäre

Russlands Energiewirtschaft und die Politik

Herausgegeben von

Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder. Bremen 2005, ISSN 1616-7384, 59 Seiten

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Inhaltsverzeichnis:

Heiko Pleines

Einleitung: Die Jukos-Affäre im Überblick

I DAS STAATLICHE VORGEHEN GEGEN JUKOS

Heiko Pleines

Die Steuerschulden von Jukos

Julia Kuszniur und Heiko Pleines

Der Streit um Förderlizenzen. Fallbeispiel Talakanskoe-Feld

Europarat

„Rechtliche Unzulänglichkeiten.“ Resolution vom 25. Januar 2005

Ann-Kathrin Reichardt und Hans-Henning Schröder

Chronik der Jukos-Affäre von Mai 2003 bis Februar 2005

II DIE JUKOS-AFFÄRE IN DER RUSSISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Josephine Bollinger-Kanne

Die russische Debatte zur Jukos-Affäre.

Rechtsstaatlichkeit contra Staatsinterventionismus

Der Jukos-Prozess und die öffentliche Meinung 2003–2005.

Umfrageergebnisse

III STAAT UND WIRTSCHAFT IM ZUGE DER JUKOS-AFFÄRE

Valery Kryukov

„Lenkbarkeit“ statt Effizienz

Die Rolle des Staates in der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft

Maria Ordzhonikidze

Michail Chodorkowskij und die Jukos-Affäre. Ein Kommentar

Heiko Pleines

Der Anteil des Staates an der Erdölwirtschaft

Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Die Verwaltung staatlicher Unternehmen

Julia Kuszniur und Heiko Pleines

Die Besteuerung der Erdölwirtschaft

IV AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN

Julia Kuszniur und Heiko Pleines

Ausländische Investoren in der Erdölwirtschaft